

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses Nr. VI 2003

Dienstag, 18.11.2003 um 15:00 Uhr

Ort: Kultopia, Konkordiastr. 23-25, 58095 Hagen

Anwesend waren:

a) als stimmberechtigte Mitglieder:

Ratsmitglied Frau Wolff als Vorsitzende
Frau Kurte
Herr Strüwer
Frau Huvers
Herr Dücker
Herr Schledorn
Herr Schütte
Herr Haensel
Herr Siegler
Herr Finkensiep

b) als beratende Mitglieder:

Herr Dr. Schmidt
Herr Steuber
Herr Halfter
Herr Schurgacz
Herr Fischer
Herr Kebbekus
Herr Andree
Herr Obereiner

c) als Schriftführerin

Frau Krause

d) Hinzugezogen waren:

Frau Gleim	Rechnungsprüfungsamt
Herr Schierau	Stadtkämmerei
Frau Ellinghaus	Stadtkämmerei
Herr Fuchs	Zentrale Steuerung
Herr Quitter	VB2/Konsolidierungsmanagement
Herr Kothe	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Goldbach	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Machatschek	Fachbereich Jugend & Soziales
Frau Haack	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Oestreicher	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Brauers	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Groening	Fachbereich Jugend & Soziales

e) als Gäste:

Herr Bartsch
Herr Bloch
Frau Rameswaran
Herr Schlänger

f) Mit Entschuldigung fehlten:

Herr Röspel
Herr Söhnchen
Herr Kirchhoff
Herr Gebauer
Herr Levien
Frau Hörschelmann
Herr Heer
Herr Ludwig
Herr Vittle
Herr Klein

Inhaltsverzeichnis

TOP	Stichwort	Seite
1.	Mitteilungen	4/5
2.	Anliegen der Jugendräte	5
3.	Bericht zur Neustrukturierung der Jugendratsarbeit in Hagen „Neue Wege durch Arbeitsgruppen – Einsteigen und Mitplanen“	5
4.	Haushaltskonsolidierung hier: Abschaltung der Lichtanlagen Verlängerung der Wartungsintervalle	5
5.	Auswirkungen des Landeshaushaltes 2004/2005 auf die Stadt Hagen	6/7
6.	Haushalt 2004 - Einbringung des überarbeiteten Entwurf des gesamtstädtischen Strategiekonzeptes -	8-10
7.	Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen	
8.	Haushaltsplanberatungen 2004	
9.	Beratung und Maßnahmen im Übergang Schule-Beruf Schuljahr 2003/2004	11
10.	Geschäftsbericht 2002 für den Fachbereich Jugend & Soziales	11/12
11.	Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe hier: Jahresbericht 2002	
12.	Nachtrag zur Satzung für das Jugendamt der Stadt Hagen (Jugendamtssatzung vom 24. Februar 1994)	13
13.	Ferienfreizeiten Fachbereich Jugend & Soziales 2004	13
14.	Bereitschaftspflege in Hagen; Anpassung der Grundvergütung und Einrichtung einer Pauschale	13/14
15.	Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates	14/15

Der Einladung ist außerdem ein Auszug aus „Schwierig – schwieriger – am Schwierigsten, zum Zusammenhang von Hilfeplanung und den Karrieren von Kindern und Jugendlichen in Erziehungshilfeeinrichtungen“ über den partnerschaftlichen Planungsprozess der Erziehungshilfe in Hagen beigelegt.

Frau Wolff eröffnet die Sitzung um 15:05 Uhr und begrüßt ganz besonders die anwesenden Gäste aus dem Kindergartenbereich.

Eine kleine Schar von Kindern überreicht Frau Wolff selbst gestaltete Bilder mit verschiedenen Aussagen wie z. B. „Unsere Zukunft liegt in Euren Händen“.

Frau Wolff sichert zu, diese bei Einsparvorschlägen in diesem Bereich in die politische Diskussion einzuspeisen.

Herr Stefan Kebbekus stellt sich als neuer Vorsitzender des Stadtelternrates vor und überreicht der Vorsitzenden eine Unterschriftensammlung gegen die geplanten Sparmaßnahmen im Kindertagesstättenbereich, bei der mehr als 9.000 Unterschriften gesammelt wurden.

Frau Wolff bedankt sich ausdrücklich für das gezeigte soziale Engagement und sichert zu, zukünftig bei anstehenden Themen die dargelegten Argumente zu berücksichtigen.

Anschließend wird Herr Kebbekus als neues beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss verpflichtet.

1. Mitteilungen

Herr Dr. Schmidt teilt mit, dass die Weihnachtsbeihilfe an die Kinder in Heimen in diesem Jahr ausgezahlt wird. Die Finanzierung sei gesichert.

Frau Haack berichtet zum aktuellen Stand der Offenen Ganztagsgrundschule (siehe beiliegendes Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises Jugendhilfe/Schule vom 13.11.03). Frau Wolff ergänzt die Ausführungen und kündigt für die nächste Sitzung eine Vorlage zu diesem Thema an.

Auf die Frage der Vorsitzenden, wann das „Kultopia“ eingeweiht werde, erwidert Herr Steuber, dass dieser Termin mit der Sparkasse als Hauptsponsor abgestimmt werde.

Herr Goldbach berichtet vom Stand der Angelegenheit in Sachen des Bundesprogramms „LOSS“. Die Zuschussanträge seien ja zunächst nicht berücksichtigt worden, nunmehr freue er sich jedoch, mitteilen zu können, dass für die beiden Stadtteile Altenhagen und Vorhalle je 90.000 € mit der Möglichkeit einer Anschlussfinanzierung bewilligt worden seien.

Herr Steuber weist auf die übersandten bzw. ausgelegten Broschüren hin. Es handelt sich hierbei einmal um einen Schriftsatz von Herrn Kubitzek zum Thema: „Zum Zusammenhang von Hilfeplanung und den Karrieren von Kindern und Jugendlichen in Erziehungseinrichtungen“ und ein Kommentar von Herrn Prof. Dr. Johannes Münder zum Thema „Die Vereinbarkeit der Privilegierung gemeinnütziger Träger von Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen in Deutschland mit dem Europarecht“.

Herr Fischer berichtet vom 3. Hagener Sternenlauf, an dem 13 Schulen teilgenommen hätten.

Enttäuschend sei es, dass die Schulen teilweise nicht begeistert darauf reagiert hätten, dass Unterrichtszeit für die Teilnahme in Anspruch genommen wurde. Auch müsste die Möglichkeit, Zeitzeugen dieses Teiles deutscher Geschichte zu hören, wahrgenommen werden. Schulen hätten eine besondere Verantwortung, die sie wahrnehmen müssten.

Der nächste Sternenlauf finde im nächsten Jahr am 9. November 2004 statt, dem Tag der Pogromnacht.

In Bezug auf die Sparpläne der Landesregierung, worin die Zuschüsse für die offene Jugendarbeit künftig um 18 Millionen Euro gekürzt werden sollen, habe sich eine Volksinitiative gebildet, die Unterschriften sammelt, damit sich der Landtag mit dem Thema beschäftigen muss. Bis Ende Januar würden zu diesem Zweck 66.000 Unterschriften benötigt. Vom 27. November bis zum 27. Januar lägen zu diesem Zweck Unterschriftenlisten in den Bürger- und Wahlämtern der Stadt aus.

Es sei von Radio Hagen die Frage aufgeworfen worden, ob die Stadt Hagen auch an den Stellen sparen wolle, wo das Land sparen werde. Herr Fischer bittet um Auskunft, ob dies so den Tatsachen entspreche.

Frau Wolff verweist in diesem Zusammenhang auf den entsprechenden Tagesordnungspunkt.

2. Anliegen der Jugendräte

Herr Bloch teilt mit, dass im Moment nichts anliege.

3. Bericht zur Neustrukturierung der Jugendratsarbeit in Hagen „Neue Wege durch Arbeitsgruppen - Einsteigen und Mitplanen“

Frau Wolff stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig beschlossen -

4. Haushaltskonsolidierung Hier: Abschaltung der Lichtsignalanlagen Verlängerung der Wartungsintervalle

Herr Schledorn weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Bezirksvertretungen, die diese Vorlage bisher beraten hätten, diese ausdrücklich abgelehnt hätten. Er schlägt vor, Punkt 2 der Beschlussvorschläge ausdrücklich abzulehnen.

Frau Kurte weist darauf hin, dass die Vorlage nicht mit der Polizei beraten wurde. Nach inhaltlich übereinstimmenden Wortbeiträgen der Herren Strüwer, Bloch, Fischer und Kebbekus einigt man sich auf den von Herr Schledorn vorgeschlagenen Beschluss:

- 1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Intervalle zum Wechsel der Glühlampen der LSA werden entsprechend dem Verwaltungsvorschlag verlängert.**

Abstimmungsergebnis: - einstimmig beschlossen -

- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die hier vorgestellten Lichtsignalanlagen ab 2004 abzuschalten.**

Abstimmungsergebnis: - einstimmig abgelehnt

4. Auswirkungen des Landeshaushaltes 2004/2005 auf die Stadt Hagen

Herr Steuber berichtet, dass die Verwaltung vom Oberbürgermeister aufgefordert wurde, die Auswirkungen des Landeshaushaltes auf den Etat des Jugendamtes darzustellen. Dieser Bitte sei die Verwaltung nachgekommen. Es habe ja bereits in der letzten Sitzung eine Berichterstattung zu diesem Thema gegeben.

Er verweist nochmals auf die Verfügung des Oberbürgermeisters vom 06.10., die Herr Fischer zuvor schon angesprochen hatte, dass der generelle Grundsatz weiterhin anzuwenden sei, dass ausfallende Landesmittel/zuschüsse nicht durch städtische Eigenmittel ersetzt werden können. Diese Grundhaltung sei auch in der Vergangenheit praktiziert worden.

Darüber hinaus führe nach der Verfügung des Oberbürgermeisters eine Absenkung der bisherigen Förderbeiträge zu einer im gleichen Verhältnis vorzunehmenden Kürzung von kommunalen Anteilen. Immer dann, wenn Personalkostenzuschüsse des Landes anteilig gekürzt würden, solle es also auch zu einer entsprechenden Kürzung der Mittel führen, die die Kommune bereitstelle.

Am 22. und 29.01.2004 gebe es eine abschließende Lesung des Landeshaushaltes. Hierbei gebe es verschiedene Positionen, von denen die Kommune unmittelbar betroffen sei. Andere darüber hinausgehende Positionen betreffen auch die freien Träger in einem erheblichen Umfang.

Anschließend trägt Herr Steuber die durch den Entwurf des Landeshaushaltes geplanten Kürzungen vor, die die Kommune betreffen.
(Anmerkung: Die Aufstellung ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.)

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass ja im Rahmen der gewährten Personalkostenzuschüsse Verträge bestünden, deren Aufwendungen auch bei Wegfall der Zuschüsse gleich hoch blieben. Das Land habe doch dann die Kosten zu ersetzen.

Herr Steuber erinnert daran, dass das Land seit geraumer Zeit in seinen Bewilligungsbescheiden bittet, unmittelbar und in eigener Verantwortung die Konsequenzen zu prüfen und ggf. arbeitsrechtliche Schritte einzuleiten. Sollte der Zuschussnehmer Kündigungsfristen versäumen, so läge die Verantwortung für die Weiterzahlung von Arbeitsentgelten bei ihm selbst.

Auf eine Verständnisfrage von Herrn Schledorn in diesem Zusammenhang berichtet Herr Dr. Schmidt, dass der Oberbürgermeister heute morgen im Verwaltungsvorstand einen generellen Ratsbeschluss zitiert habe, und zwar: „Ausfallende Landesmittel werden nicht durch Eigenmittel der Stadt Hagen ersetzt.“ Herr Dr. Schmidt weist jedoch ausdrücklich darauf hin, dass dies keine Generalklausel für etwaige Kündigungen, Schließungen etc. sei, sondern dass jede Einzelmaßnahme, bei der es zu Kürzungen komme, in dem zuständigen Ausschuss zu beraten und zu beschließen sei.

Herr Strüwer befürchtet, dass die vom Land sehr kurzfristig geplanten Einsparungen ab 2004 zu einer dramatischen Situation in der Kinder- und Jugendarbeit führen werden. Aus diesem Grunde habe seine Partei interfraktionell auf der Basis des übersandten Beschlusses des Landesjugendamtes, runtergebrochen auf die Situation der Stadt Hagen,

eine Resolution an die Landesregierung vorbereitet, die den Ausschussmitgliedern zur Beschlussfassung vorgelegt werde, um sie dann an den Rat weiterzuleiten.

Frau Wolff berichtet, dass sich aufgrund der dramatischen Situation im Lande die Vorsitzenden der Jugendhilfeausschüsse aller Städte im Ruhrgebiet zusammengeschlossen und mit der Ministerin einen Termin vereinbart hätten, um hierzu Stellung zu nehmen, denn auf der einen Seite proklamiere man Bildung und andererseits würde im Jugendbereich kräftig eingespart. Sei denn Jugendarbeit keine Bildungsarbeit? Im der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses werde sie von dem Ergebnis dieses Termins berichten.

Herr Fischer macht deutlich, dass der Bedarf in der Jugendarbeit durch die Jugendhilfeplanung verbindlich festgestellt und daher auch nach KJHG bindend und rechtswirksam sei.

Er regt an, zu diskutieren, was mit den vorhandenen Mitteln erreicht werden könne, ohne Kündigungen auszusprechen.

Eine Frage bezüglich der zuvor gemachten Aussage von Herrn Steuber lautet, ob es zu der Aussage des Oberbürgermeisters, dass die Kürzung der Landesmittel zu einer entsprechenden Kürzung der kommunalen Mittel führe, einen Beschluss gebe, ob sich ein Ausschuss damit beschäftigt habe oder ob dies eine Entscheidung des Oberbürgermeisters allein sei.

Herr Dr. Schmidt erinnert an die sowohl vom Rat, als auch vom Oberbürgermeister gemachte Zusage, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben solle. Hier müsse gegebenenfalls in den Fachgremien darüber diskutiert werden, ob eventuell Prinzipien durchbrochen werden müssten.

Herr Schierau versucht, den scheinbaren Widerspruch der gemachten Aussagen zu verdeutlichen. Einerseits gebe es den Ratbeschluss, dass ausfallende Landesmittel nicht durch kommunale Mittel ersetzt würden. Andererseits habe es aus besonderem Anlass aufgrund eines Kürzungsschreibens des Ministeriums eine Aussage der Verwaltung gegeben, dass, wenn das Land anteilig kürze, die Relation der Landesfinanzierung und der Gemeindefinanzierung gleich bleiben sollte. Das habe natürlich bei Kürzung der Landesmittel eine entsprechende Reduzierung der städtischen Mittel zur Folge. Die Fachverwaltungen seien jedoch ausdrücklich von Oberbürgermeister gebeten worden, in konkreten Fällen die Fachausschüsse damit zu beschäftigen.

Frau Wolff stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Resolution wird einstimmig an den Rat weitergegeben (siehe Anlage 1).

Abstimmungsergebnis: - einstimmig beschlossen -

Frau Wolff schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6 bis 8 zusammen zu beraten, und zwar zunächst als Punkt a) die Strategiekonzepte - und als Punkt b) Haushaltsplanberatungen 2004.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

a) Haushalt 2004

- Einbringung des überarbeiteten Strategiekonzeptes 2004/2005 auf die Stadt Hagen

Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen

Herr Quitter nimmt zu den beiden Vorlagen kurz Stellung. Er weist darauf hin, dass die aktuelle Vorlage die letztere sei (Drucksachen-Nr.: 200052/03). Diese habe das Konsolidierungsmanagement auch am 16.10.2003 in den Rat eingebracht.

In dieser Vorlage werde geschildert, wie ein mögliches Einsparungspotential von 57.000.000 Euro betrieben werden könne. Zur Vollständigkeit müsse er darauf hinweisen, dass der Rat in seiner Sitzung am 16.10.2003 einen fraktionsübergreifenden veränderten Beschluss gefasst habe.

(Dieser ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.)

Herr Quitter zitiert insbesondere Punkt 2, der die Veränderung beinhaltet.

Das bedeute, dass dies heute hier für den Ausschuss lediglich eine Informations- und Kenntnisvorlage sei. Die Verwaltung sei ja danach verpflichtet, mit jeder Einzelmaßnahme in die jeweiligen Fachausschüsse zu gehen.

Auf eine Frage von Herrn Schledorn antwortet Herr Dr. Schmidt, dass die Vorlagen, die für 2004 relevant sind, jetzt vorbereitet und dann in die entsprechenden Ausschüsse eingebracht würden, um dort ausführlich beraten zu werden.

Frau Wolff stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Ratsbeschluss vom 16.10.2003, der auf den beiden Vorlagen beruht, wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig beschlossen -

b) Haushaltsplanberatungen 2004

Zunächst stellt Herr Fuchs von der zentralen Steuerung den Ausschussmitgliedern den Stellenplan 2004 zur Verfügung.

Herr Steuber weist darauf hin, dass sich keine substantziellen Veränderungen ergeben hätten.

Folgender Beschluss wird gefasst:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Stellenplan zu.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig beschlossen -

Zur Beratung des Verwaltungshaushaltes 2004 begrüßt die Vorsitzende ganz herzlich die Vertreter der Stadtkämmerei, Frau Ellinghaus und Herrn Schierau.

Sie möchte zunächst wissen, ob dieser Haushaltsplanentwurf schon Konsolidierungsmaßnahmen aus dem entwickelten Strategiekonzept enthält, die hier im Ausschuss noch nicht beraten worden seien.

Diese Frage wird von Herrn Schierau verneint.

Frau Wolff bittet die Ausschussmitglieder, sich den Verwaltungshaushalt unter Berücksichtigung der vorgelegten Veränderungsliste anzuschauen.

Bei dieser Gelegenheit merkt Herr Dücker an, dass es den Ausschussmitgliedern sicherlich aufgefallen sei, dass bei den Erläuterungen des öfteren die Anmerkung „gesetzlich nicht vorgeschriebene Aufgaben“ zu finden sei. Er gehe davon aus, dass dem Ausschuss demnächst Vorlagen vorgelegt würden, die eine Reduzierung dieser Mittel vorsähen. Da jedoch der Ausschuss in diesem Jahr nicht mehr tage, gehe er davon aus, dass dies für das Jahr 2004 noch nicht umgesetzt werden könne.

Herr Dr. Schmidt bestätigt, dass alle politischen Entscheidungen zunächst in den Ausschüssen diskutiert würden. Er ergänzt jedoch in diesem Zusammenhang, dass es eine Sparliste mit Kennzeichen „OB“ gebe, deren Maßnahmen verwaltungsintern durch den Oberbürgermeister entschieden würden. Es handele sich hierbei um Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Herr Fischer weist auf eine beliebig ausgewählte Formulierung auf Seite 6 hin, dass Jugendaustauschmaßnahmen mit Partnerstädten nicht gesetzlich vorgeschrieben seien. Er hält diese Formulierung für schlichtweg falsch.

Herr Dücker befürchtet, dass diese Aufgaben als „freiwillige Aufgaben“ bewertet würden und die Verwaltung in Zukunft gezwungen sei, bei der zu führenden Spardiskussion diese zu reduzieren bzw. wegfallen zu lassen.

Herr Steuber merkt an, dass diese Begrifflichkeiten aus der Finanzwirtschaft stamme. Der Jugendhilfeausschuss habe das Recht, im Rahmen des vom Rat bereitgestellten Budgets zu entscheiden, ob und in welchem Umfang die Kommune diese Aufgaben wahrnehme.

Herr Dücker räumt ein, dass Kompromisse zu schließen seien und schlägt vor, sich die mit der Anmerkung „nicht gesetzlich vorgeschrieben“ nochmals im Hinblick auf etwaige Einsparmöglichkeiten anzuschauen.

Herr Siegler erinnert daran, dass dieser Streit um die Formulierungen seit Jahren geführt werde. Es gebe keine freiwilligen Leistungen. Diese Formulierung unterstelle, dass es einen großen Bereich gäbe, der ohne größere Schwierigkeiten gekürzt werden könne. Er fände es schwierig, über einen Haushalt abzustimmen, dessen Formulierungen derart irreführend seien. Er könne auch dem Zahlenwerk nicht zustimmen, wenn er der Meinung sei, dass der Inhalt der Formulierungen so nicht zutreffe.

Herr Schierau stellt richtig, dass die Formulierung „freiwillige Aufgaben“ nirgends erscheine.

Die dort gewählte Formulierung hieße: „Es besteht keine gesetzliche Verpflichtung.“ Und genau dies sei der Fall. Es bestehe dem Umfang und der Höhe nach keine gesetzliche Verpflichtung. Nur darauf solle von der Kämmerei bei diesen Haushaltsstellen hingewiesen werden.

Er möchte sich dagegen verwahren, dass der Finanzwirtschaft unterstellt würde, sie hätten von freiwilligen Aufgaben gesprochen. Genau dies sei nicht der Fall.

Diese Formulierungen stünden bereits seit 3 bis 4 Jahren bei diesen Haushaltsstellen und er fände es merkwürdig, dass man so täte, als seien diese Anmerkungen völlig neu.

Es ergibt sich eine weitere kurze Diskussion, an der sich die Herren Strüwer, Schledorn, Haensel, Goldbach, Siegler, Fischer, und Steuber beteiligen, an deren Ende man sich darauf einigt, dass die inhaltliche Diskussion an erster Stelle stehen müsse und alles andere nur dienende Funktion habe.

Herr Siegler bringt einen Beschlussvorschlag zu den Erläuterungen ein, den Frau Wolff nach Beratung über den restlichen Haushaltsplan zur Abstimmung stellt.

Zunächst wird jedoch über die weiteren Teile des Haushaltsplanentwurfes abgestimmt:

2. **Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Verwaltungshaushalt in der Fassung der vorgelegten Veränderungsliste zu.**

Abstimmungsergebnis: - mit Mehrheit beschlossen bei 4 Enthaltungen -

3. **Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vermögenshaushalt zu.**

Abstimmungsergebnis: - einstimmig beschlossen -

4. **Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Investitionsprogramm zu.**

Abstimmungsergebnis: - einstimmig beschlossen -

5. **Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem gesamten Haushalt in der Fassung der vorgelegten Veränderungsliste zu.**

Abstimmungsergebnis: - mit Mehrheit beschlossen bei 4 Enthaltungen -

6. **Der Jugendhilfeausschuss weist darauf hin, dass nach seiner Auffassung**

Formulierungen in den Anmerkungen wie „sind nicht gesetzlich vorgeschrieben“ oder „besteht eine globale Aufgabenverantwortung mit rechtlicher Verpflichtung dem Grunde nach und einer in Art und Umfang

**disponiblen Höhe“ nicht der fachlichen Auslegung und Umsetzung des KJHG entsprechen.
Dies ist bei den weiteren Beratungen zu beachten.**

Abstimmungsergebnis: - einstimmig beschlossen -

Beratung und Maßnahmen im Übergang Schule-Beruf Schuljahr 2003/2004

Frau Wolff begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt ganz herzlich Frau Schmale von der RAA.

Diese weist zunächst auf eine Broschüre der RAA und des Arbeitsamtes mit dem Titel: „Beratung und Maßnahmen im Übergang Schule – Beruf Schuljahr 2003 / 2004 hin. Es handele sich hierbei um einen Maßnahmenkatalog für Jugendliche, die direkt nach der Schule keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden konnten oder die Hilfestellung bei der Berufswahl oder während der Ausbildung benötigten.

Frau Schmale sagt zu ihrer Person, dass sie diejenige sei, die jährlich versuche, innerhalb des Arbeitsamtsbezirkes Hagen / Ennepe /Ruhr und einiger Maßnahmen im überregionalen Bereich das aktuellste Angebot für benachteiligte Jugendliche zu finden. Sie weist darauf hin, wie wichtig diese Maßnahmen seien. Die Zahl der Jugendlichen, die Schwierigkeiten hätten, stiege stetig an.

Bei ca. 80 % der aufgeführten Maßnahmen sei das Arbeitsamt der Finanzier. Es sei besonders darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei um versicherungsfremde Leistungen handele. Herr Gerster betone dies immer wieder und würde diese Maßnahmen am liebsten ausschließlich durch die Bundeszuschüsse finanzieren. Man könne nicht erwarten, dass die Bundeszuschüsse auf dem Niveau dieses Jahres erhalten blieben. Aufgrund eines verspäteten Maßnahmebeginns kam es bereits in diesem Jahr zu Kürzungen. In Nürnberg werde ein Modulsystem angedacht, dass z.B. jemand nur an einer 6-monatigen Maßnahme teilnehme.

Zum Schluss ihrer Ausführungen bittet Frau Schmale die Ausschussmitglieder eindringlich, über ihre Kanäle dafür zu sorgen, diese jungen benachteiligten Menschen in Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu bringen.

Nach kurzen Wortbeiträgen der Herren Strüwer, Haensel und Frau Schmale wird folgender Beschluss gefasst:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig beschlossen -

Die Vorsitzende fasst die beiden folgenden Tagesordnungspunkte 10 und 11 das Einverständnis der Ausschussmitglieder voraussetzend zusammen.

9. Geschäftsbericht 2002 für den Fachbereich Jugend & Soziales

10. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe Hier: Jahresberichte 2002

Frau Wolff begrüßt ganz herzlich Herrn Schlänger von der Erziehungsberatungsstelle in Trägerschaft des Ev. Kirchenkreises und des Caritasverbandes.

Dieser hat sich bereiterklärt, stellvertretend für alle anderen freien Träger über die Arbeit seiner Einrichtung zu berichten.

Die Zahl der Anmeldungen sei seit 1997 stetig gestiegen. Bei den geplanten Einsparungen des Landes in Höhe von ca. 35 % sei der Träger gezwungen, entweder die Zahl der Beratungen zurückzufahren oder die Einrichtung ab 2005 zu schließen.

Die Finanzierung der Einrichtung werde bisher je zu einem Drittel vom Träger, von der Kommune und vom Land sichergestellt. Außerdem gebe es auch noch zusätzlich einen Förderverein.

Herr Haensel weist darauf hin, dass auch die Eigenmittel der Kirchen zukünftig knapper würden.

Herr Steuber regt an, dass sich alle freien Träger zusammensetzen sollten, um zu überlegen, wo Aufgaben gebündelt werden könnten und Einsparpotentiale stecken.

Auf die Frage von Herrn Fischer bezüglich der Darstellung der Berichte, weist Herr Steuber auf eine kleine Arbeitsgruppe hin, die sich damit beschäftige, die Berichte zukünftig mit Graphiken und Bebilderungen lebendiger zu gestalten. Hierbei dürften die Ziele als wichtigstes Element nicht aus den Augen verloren werden.

Frau Wolff stellt folgende Beschlüsse zur Abstimmung:

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2002 des Fachbereiches Jugend & Soziales zustimmend zur Kenntnis.

Der Ausschuss nimmt die vorgestellten Berichte zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig beschlossen -

**11. Nachtrag zur Satzung für das Jugendamt der Stadt Hagen
(Jugendamtssatzung vom 24. Februar 1994)**

Frau Wolff stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

**Der Rat beschließt den 1. Nachtrag zur Satzung für das Jugendamt der Stadt Hagen
(Jugendamtssatzung vom 24. Februar 1994) in der als Anlage beigefügten Form.**

Abstimmungsergebnis: - einstimmig beschlossen -

12. Ferienfreizeiten des Fachbereiches Jugend & Soziales 2004

Herr Goldbach erläutert kurz die entsprechende Vorlage und bejaht die Frage von Herrn Fischer, ob die Zahl der Ferienfreizeiten im Vergleich zum Vorjahr gleich hoch sei.

Es ergeht folgender Beschluss:

- 1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt den Vorbereitungen der Ferienfreizeiten 2004 zu.**
- 2. Der Jugendhilfeausschuss stimmt gemäß § 6 Abs. 3.7 der Satzung für das Jugendamt vom 24.02.1994 der Vergabe von Lieferungen und Leistungen für die Abwicklung der geplanten Ferienmaßnahmen für 2004 zu.**

Abstimmungsergebnis: - einstimmig beschlossen -

**13. Bereitschaftspflege in Hagen;
Anpassung der Grundvergütung und Einrichtung einer Pauschale für
Ersatzbeschaffungen**

Herr Kothe erläutert den Inhalt und die Hintergründe der entsprechenden Vorlage. Er berichtet, dass die drei bestehenden Bereitschaftspflegestellen völlig ausgelastet seien.

Herr Schurgacz fragt, ob es nicht Sinn mache, mehr Stellen zu schaffen.

In diesem Zusammenhang weist Herr Dr. Schmidt darauf hin, dass potenzielle Pflegefamilien sich an Frau Krautkrämer vom Fachbereich wenden sollten.

Herr Strüwer merkt an, dass durch den Ausbau der Pflegestellen auch Einsparungen möglich seien.

Herr Steuber weist ergänzend darauf hin, dass in dem Maßnahmenpaket zur Konsolidierung unter anderem der Ausbau der Vollzeitpflege enthalten sei.

Es ergeht folgender Beschluss:

1. **Die monatliche Grundvergütung wird ab dem Jahr 2004 von 361 EUR auf 370 EUR erhöht.**
2. **Den Bereitschaftspflegestellen wird eine jährliche Pauschale für Ersatzbeschaffungen der Erstausrüstung (diese beträgt 1.023 EUR einmalig bei Einrichtung der Bereitschaftspflegestelle) in Höhe von 100 EUR jährlich pro Bereitschaftspflegestelle ausgezahlt.
Diese Pauschale tritt für kleinere Ersatzbeschaffungen an Stelle von Einzelanträgen und individueller Prüfung.
Die größeren Ersatzbeschaffungen, wie zu ersetzende Möbel, Kinderwagen und Autokindersitze bleiben davon unberührt und erfolgen weiterhin auf Antrag und nach individueller Prüfung.**

14. Fagen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates

Herr Steuber bedauert das Versäumnis, Herrn Brauers als neuen Abteilungsleiter der Abteilung Service und Verwaltung zu Beginn der Sitzung vorgestellt zu haben und holt es an dieser Stelle nach.

Weiterhin zitiert Herr Strüwer aus einer Veröffentlichung des Landtages, dass in Hagen ein Wohnheim für türkische Jugendliche im Alter von 12 bis 16 Jahren eingerichtet werden solle. Eine ähnliche Einrichtung solle es bereits in Duisburg geben.

Er möchte wissen, ob hierzu nähere Erkenntnisse vorliegen.

Herr Machatschek berichtet in diesem Zusammenhang, dass er am Dienstag zusammen mit dem Bauordnungsamt und der Heimaufsicht des Landesjugendamtes vor Ort in der Moschee gewesen sei. In einem davor gelegenen Wohnhaus sollten in der zweiten Etage die Schulungsräume mit Hausaufgabenhilfe eingerichtet werden. Die dritte Etage solle als Wohnheim genutzt werden. Zunächst müsse jedoch eine Nutzungsänderung beantragt werden. Sowohl das Landesjugendamt, als auch das Bauordnungsamt habe dem Moscheeverein deutlich gemacht, welche Regularien erfüllt sein müssten. Man sei also mitten im Verfahren.

Frau Wolff möchte wissen, ob dies denn unsere Gesetzeslage zuließe. Daraufhin erwidert Herr Machatschek, dass dies von der eingereichten Konzeption abhängt.

Frau Wolff äußert ihr Unbehagen und stellt die Frage in den Raum, ob dies dem Gedanken der Integration nicht widerspreche.

Herr Schledorn bittet, die Angelegenheit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Hier solle die RAA tätig werden.

Herr Siegler schlägt vor, zu überlegen, welche geeignete Form der aufmerksamen Begleitung hier möglich sei.

Herr Goldbach verweist darauf, dass Herr Machatschek das Verfahren intensiv begleitet. Voraussetzung für eine Genehmigung seien die Vorgaben der Heimaufsicht und auch die Zuverlässigkeit des Trägers. Eine Genehmigung sei zur Zeit nicht in Sicht. Falls es anders sein sollte, könne ja hier vereinbart werden, dass dies auch notfalls in nichtöffentlicher Sitzung beraten werde.

Frau Wolff weist darauf hin, dass auch bald der Unterausschuss tage, der sich mit diesem Thema befassen könnte.

Als letztes stellt die Vorsitzende fest, dass die Ausschussmitglieder sich in diesem Jahr nicht fortgebildet hätten. Vielleicht könne man sich ja im folgenden Jahr fortbilden und bittet erneut um Themenvorschläge.

Herr Siegler könnte sich vorstellen, die Fortbildung mit einer Fahrt nach Berlin zu verbinden, da dies eine geeignete Form sei, die verschiedenen Standpunkte auszutauschen.

Frau Wolff wünscht allen Anwesenden ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr und schließt die Sitzung um 17:40 Uhr.

Gez. Wolff

Vorsitzende

Schriftführerin

Fachbereichsleiter